

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 M., durch die Post monatlich
8,25 M., vierteljährlich 24,75 M.,
einjährig 80,00 M. Bestellungen
werden von allen Verlags-
stellen ausgenommen. An
amtl. Zeitungsverzeichnisse unter
alle Zeitungen eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Monats-
preise wird kein Gewähr übernom-
men. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle-Zeitung ge-
gründet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Volks-Zeitung

Sechshundertfünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
metertafel oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimetertafel
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. Familien-
Anzeigenannahme- u. Geschäftsstelle
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Be-
schäftsstelle: Halle, Neue Drom-
bachstr. 10. Postamt: Halle, Poststr. 17.
Telefon: Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 32 und Markt 24.
Druckerei: Halle, Poststr. 22a 15.

Nr. 386.

Halle, Freitag, den 19. August 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Burgfriede in Oberschlesien.

(Von unserem Berliner Berichterstatter.)

Am 25. August soll nun angeblich der Völkerbundrat in Genf zusammentreten. Es wird genaue Zeit verzeihen, bis er in der Lage kommen wird, sein „Gutachten“ abzugeben. Aber wenn er auch glücklich bis zu dem Ende gelangen sollte, so vermag niemand zu sagen, was dann sein wird. Bis zur Stunde beharrt Frankreich noch immer auf einstimmiger Annahme des Beschlusses der Vorkonferenz, die sich durch ein Veto, das unter Umständen alle Verhandlungen von vornherein illusorisch machen kann. Zudem sind die Gegensätze in der englischen und französischen Auffassung heute noch so scharf wie je. In Frankreich ist man höchst ungelustig über die ungeschickte Sprache des englischen Premier und nicht minder verstimmt durch die ungeschickte Unterstützung, die er beim englischen Parlament gefunden hat. Wie sich die Dinge zwischen England und Frankreich weiter entwickeln werden, läßt sich noch nicht übersehen. So wenig wir vielleicht weitere englische Nachgiebigkeit befürchten müssen, nicht nur, weil sie einer Überhebung des englischen Prestiges gleichkäme, sondern weil damit England auch die letzte Möglichkeit verpassen würde, dem wirtschaftlichen Imperialismus Frankreichs das letzte Beutestück Oberschlesien zu entreißen, so wenig ist die Möglichkeit von der Hand zu weisen, daß die z. T. sehr wenig hoffnungsvoll sich gestaltende Lösung der irischen Frage Englands Aufmerksamkeit und Interesse so sehr in Anspruch nehmen und in Mitleidenhaftigkeit ziehen könnte, daß es sich sagte, daß ihm das Seldb näher ist, als der Not.

Unter diesen Umständen, welche die endgültige Regelung der ober-schlesischen Frage noch ungewiß genug erscheinen lassen, gemüht der Burgfriede, der jetzt in Oberschlesien zwischen den berufenen Vertretern aller deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften abgehandelt worden ist, gar besondere Bedeutung. Die feierliche Erklärung, in der sich beide Seiten gegen eine gewaltsame Lösung der ober-schlesischen Frage wenden, in der sie sich verpflichten, die nationalen Gegensätze in friedlicher und geordneter Weise zu überwinden, das nachdrückliche Empfinden und die wirtschaftliche und politische Inanspruchnahme eines jeden zu achten, in der jede Gewalttat gegen Andersdenkende, jede Verletzung des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums verurteilt ist, von so einem starken Geiste der Verantwortlichkeit durchweht, daß man von ganzem Herzen hoffen möchte, daß diese schönen Worte auch Taten werden und endlich Ruhe und Ordnung in das gemarterte Land einziehen. Es bedarf auch keiner Versicherung, daß die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens alles tun und alles lassen wird, um ihrerseits dieses Versprechen zu erfüllen. Umho mehr muß man dem Wunsch Ausdruck geben, daß diese Worte auch bei den Polen auf den Boden fallen, auf dem die guten Taten wachsen. Nun haben wir leider bisher Anlaß genug gehabt, derartigen polnischen Versicherungen recht feindlich gegenüber zu treten. Auch diesmal scheint solche Vorsicht nicht unangebracht zu sein. Wird doch gleichzeitig gemeldet, daß das englische Truppenkommando dem englischen Vertreter in der J. A. einen Bericht über die bedrohliche Lage in den südlichen und südöstlichen Kreisen Oberschlesiens überreicht und ein sofortiges Eingreifen der J. A. gefordert hat, um einen neuen polnischen Aufstand zu vermeiden. Zu gleicher Zeit hat das englische Truppenkommando innerhalb seines Bezugsgebietes die Gemeindeführer aufgefaßt, und wenn Italien und England sich jetzt entschlossen haben, je zwei Bataillone zur Verstärkung nach Oberschlesien zu entsenden, so wird man wohl auch diese Maßnahmen damit in Zusammenhang bringen dürfen. Schließlich und endlich hat die polnische Regierung selbst den Mitgliedern des Obersten Rates eine Note überreichen lassen, in der sie darauf aufmerksam macht, daß die Verzögerung der Entscheidung über Oberschlesien „genötigende Folgen“ haben könne. Das sieht recht wenig nach burgfriedlichen Absichten aus, sondern viel mehr nach einer Bestätigung der Meinung des englischen Truppenkommandos von einem neuen Aufstand, der das wirtschaftliche Leben und die produktive Arbeit in diesem vielgeplagten Lande von neuem auf schwerste erschüttern müßte; umso mehr als sich jetzt die monatliche Zurechtweisung der Devisenkontingente zu dem Glauben, daß man in Oberschlesien das lauter Gold müßelos finden könne, durch ein erschreckendes Überhandnehmen der Streikbewegung bitter rächt.

Trotz alledem muß man den Abschluß des Burgfriedens aufrecht begreifen und darauf hoffen, daß endlich auch bei der polnischen Regierung die Einsicht eintrifft, daß mit Polensien mit Gewalt niemals eine Lösung zu erzielen sein wird, die ein freundschaftliches Zusammenleben beider Nationen ermöglicht. Von französischer Seite wird immer noch der Gedanke eines deutsch-polnischen Meinungs-ausgleiches genährt. Das einzige, was ihn uns verächtlich machen kann, ist die Tatsache, daß er von französischer Seite kommt, sonst wäre kein triftiger Grund ersichtlich, warum wir nicht wenigstens den Versuch machen sollten, mit Polen zu verhandeln, wenn schon England es über sich bringt, die Trenn als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Einmal muß doch die Zeit kommen, da die wirtschaftliche Verbindung zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen wird, ohne die Polen je gar nicht lebensfähig ist. Hier haben sich Verhandlungsmöglichkeiten genug. Nur müßte vorher die Genugtuung geben sein, daß die polnische Regierung mit ehrlichen Absichten auf einen solchen Versuch einging.

Leider aber haben wir den Glauben an polnische Ehrlichkeit gänzlich verloren.

Neue Verschiebung der Sitzung des Völkerbundrats.

Wie Havas mitteilt, konnte Bricote Jhi, wie man in dem Völkerbundrat nachschleichen Kreisen erklärt, den Rat nicht vor dem 29. August zusammenberufen, eriens weil die ordentliche Sitzung des Rates auf dem 1. September festgelegt war und eine möglichst große Annäherung der beiden Sitzungen großen Vorteil bot, zweitens weil verschiedene Mitglieder des Rates ziemlich weit entfernt sind und schließlich weil es den Traditionen und Arbeitsmethoden des Völkerbundes entspricht, jede dieser Sitzungen durch persönliche Studium seiner Mitglieder und vorherige Besprechungen vorzubereiten. Dazu würden die Tage bis zum 29. August ausgenutzt werden und man könne ohne Überbetreibung erklären, daß die Prüfung der ober-schlesischen Frage im Schoße des Völkerbundes tatsächlich bereits begonnen habe.

Bilder aus Oberschlesien.

Der Apo-Beamte Waldemar Degner wurde von seiner Hundertschaft aus Strassburg vom 12. bis 14. 7. nach Gleiwitz beurlaubt. Da er einen photographischen Apparat bei sich führte, wurde er in Gleiwitz von den Franzosen verhaftet. Diese nahmen ihm sämtliche Papiere, seine Vorkasse und Uhr ab. Da sich unter den Papieren ein Schein befand, der Degner als freiwilligen des Geheimes bescheinigte, schickte ihn französischer Offizier unter Beschlagnahme wie Sauschwein u. a. mit einer Weisperrische auf Degner ein. Nach Entdeckung der gefundenen Platten, die nichts Versteckendes ergaben, wurde Degner nach dem ehemaligen Militärgefängnis gebracht. Unterwegs wurde er von Franzosen mißhandelt. Das Gefängnis war fast überfüllt. Auffällig war, daß Politisierungsleute nach der Vernehmung sofort wieder entlassen wurden. Degner selbst wurde bis zum 27. 7. festgehalten, dann mit dem Besonderen entlassen; jedoch das besagte Geheime zu verfallen. Die abgenommenen Vorkasse (200 Mark) und die Uhr wurden nicht zurückgegeben. Ueber die Behandlung im Gefängnis gibt Degner an, daß er in einem kleinen Raum mit noch 25 bis 65 Personen gefangen gehalten wurde. Betten oder Deden sind nicht vorhanden, nur Strohhalm, das total verfaul ist. Die Verpflegung war vollkommen unzureichend und nicht genießbar. Bei den geringsten Vergehens werden die Verhafteten gefoltert. Degner hatte beide Arme infolge Mißhandlungen verbunden. Auf seinem Rücken waren blaue Flecke zu sehen.

Lloyd Georges neue Außenpolitik.

Lloyd George erklärte in seiner gestrigen Unterhausrede, die Absichten von der australischen Politik England am meisten befähigen, seien die englisch-japanische Bündnis und die pazifische Frage. Auch die ägyptische Frage sei auf der Reichskonferenz erörtert worden, bezuglich die Frage der Verteidigung des Reiches. Alle seien darüber einig gewesen, daß das britische Reich eine Flottenmacht sein müsse, die jeder anderen Macht gegenüber bestehen könne. Man sei allgemein der Ansicht, die gesamten Vorkasse der Verteidigung dürften nicht dem Mutterlande zufallen. Die Frage sei, wie weit die Dominions dazu beitragen sollen. Die beste Art der Verteidigung müßte den Dominions und Indien zur Entscheidung überlassen werden, die für sich selbst beschließen sollten und denen man nicht diktieren könne. Alle würden darauf bedacht sein, ihre eigenen Interessen zu bewahren. Lloyd George sagte weiter, das englisch-japanische Bündnis sei das wichtigste, bis es gekündigt werde. Wenn man die Frage der Erneuerung des Bündnisses erörtern, so müsse man in Betracht ziehen, wie es bisher gewirkt habe. Der letzte Krieg sei eine Wertprobe gewesen und jedermann müsse zu dem Schluß kommen, daß das Bündnis von den Japanern als Verbündeten lokal und treu ausgelegt und durchgeführt wurde. Lloyd George erklärte, man könne den Japanern nicht einfach sagen: Wir danken euch, ihr habt uns in unseren Schwierigkeiten beigegeben, wir brauchen euch jedoch nicht mehr, gebabt euch wohl! Das britische Reich müsse sich wie ein Gentleman benehmen.

Vonder interparlamentarischen Konferenz.

In der gestrigen Volksversammlung der Städtolmer interparlamentarischen Konferenz verlas der Präsident den vom interparlamentarischen Rat genehmigten Beschlüssen, der von Thomas Lough, England gestellt worden war und worin der Wunsch geäußert wird, daß der Passifizierungsvertrag auf das Notwendigste eingeschränkt und die Gebühren auf ein Minimum herabgesetzt werden. Darauf wurden die Verhandlungen über die Frage der Stellung der Union zum internationalen Arbeitsbüro schloß, wobei Protopoppe, Finnland eine weniger strenge Fassung der Resolution hinsichtlich der Verpflichtung der einzelnen Gruppen, in den betreffenden Fragen für den Anstieg an die Washingtoner Beschlüsse zu wirken, wünschte. Luigi, Italien betonte die Verbindlichkeit der Verhältnisse zu dem Arbeitsmarkt in den einzelnen Ländern. Engbegegneten Schweden brachte eine Resolution ein, wonach die Union und ihre Mitwirkung in dem Parlament für die Annahme der Konvention die Verhältnisse alljährlich hindern würde, und trat für Protokolländerungsantrag ein. Munich, Dänemark beschloß, daß die Konferenz leicht den Anstieg bekommen könnte, wonach die Gruppen aufgeführt werden sollten, die Grundzüge der Konvention zu unter-

stützen. — Reichstagspräsident B. De. Deutschland besetzte, daß Protokoll-Vorschlag alljährlich die Tragweite der Resolutionen abschätze. In den ehemals kriegführenden Ländern hat man oft behauptet, daß ein Arbeiterkampf aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. Wir sind dagegen ganz anderer Meinung. Jetzt, wo der Krieg die heutige Generation so geschwächt habe, sei es wichtiger als je, daß dieser Schicksal vermitlicht werde. Die interparlamentarische Union könne hier ein internationales Wert ausführen und zeigen, daß eine derartige Gebührensatzung ausführbar sei. In Deutschland werde man in jeder Weise dafür wirken, daß die Washingtoner Beschlüsse angenommen würden. Wir werden mit Verfreidigung die Verbreitung der Resolution in deutscher, italienischer und spanischer Sprache begrüßen. Die deutsche Delegation habe es am liebsten, wenn der Antrag Kol angenommen würde. Es könne aber, wenn sich dieses als nötig erweise, den von Engber und Munich vorgeschlagenen Beschlüssen bestimmen. Roberts, England widersprach namens der konföderierten Gruppenmitglieder dem ganzen Resolutionsantrag und erklärte, daß der Staat sich nicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse einmischen solle. Die interparlamentarische Konferenz hat gestern Bantings Antrag auf Einschränkung der Rüstungen mit 42 gegen 18 Stimmen angenommen.

Die interparlamentarische Konferenz hat gestern Bantings Antrag auf Einschränkung der Rüstungen mit 42 gegen 18 Stimmen angenommen.

Schlägerei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Sitzung der kommunalpolitischen Stadtverordnetenversammlung in Groß-Berlin kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und den Kommunisten. Nachdem der Antrag auf Bewilligung von 100 000 Mark für Sommerfrucht mit großer Mehrheit angenommen worden war, wurde der Magistratsantrag auf Bewilligung von 10 000 Mark für das ober-schlesische Hilfswerk besprochen. Der Unabhängige Schneider lehnte namens seiner Partei jede solche Beihilfe für die Verbände heimattreuer Oberschlesier ab. Der Deutsche Nationalverein äußerte sich gegen die Haltung und sprach alsdann mit starken Worten von den Maßnahmen der russischen Kommunisten, auf die die Katastrophe in Russland zurückzuführen sei. Hierauf entstand ein ungeheurer Tumult, der in eine Schlägerei ausartete. Die Kommunisten schlugen auf die Nichtparteilichen los und es entstand ein allgemeiner Aufruhr, wobei es zu Tätlichkeiten kam. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Nach ihrer Wiedereröffnung mißbilligte der Stadtverordnetenrat entschieden alle tätlichen und wörtlichen Angriffe. Da eine ordnungsmäßige Fortführung der Erörterung wegen der herrschenden Erregung nicht möglich war, wurde die Sitzung geschlossen, ohne daß über die Beihilfe für Oberschlesien Beschlüsse gefaßt wurde.

Der Spekulationsweizen blüht.

NZ. Man schreibt uns aus Bantzen: In der guten alten Zeit schloß man im Schwelme seines Angehts um eine Erbsen, heute spielt man Erbsen um ein Vermögen oder verliert Kopf und Krone. Ob man in der Lotterie, bei der Bälle oder bei einem „Wett- und Sportwetten“ spielt, ist gleichgültig. Es ist, als ob der Glaube an die eigene Kraft und an den Erfolg tüchtiger Arbeit verloren gegangen sei. Das Publikum sieht überall nur die Gewinne und die Gewinner; die Verluste und die Verlierer scheinen unsichtbar zu sein. Jeder glaubt das Glück zu sich zwingen zu können. An der Wörperspekulation sind unzählige kleine Leute beteiligt. Sie werden nicht zurückgehalten. Die Banken machen Überstunden, arbeiten Sonntags; oder sie sind trotz Überstunden und Sonntagsarbeit nicht mehr in der Lage, mit ihrem außerdem stark vermehrten Personal alle die vorliegenden Bärenaufträge zu bewältigen. In Berlin, wo aus diesem Grunde bereits eine Kubeta in der Woche hat eingeführt werden müssen, ist seit Wittnachs ein zweiter Bärenzucht eingeleitet worden, damit die Banken die Höchst von Bärenaufträgen bewältigen oder wenigstens etwas ausarbeiten können. Möglich ist es an anderen Börsen. Wie hoch die alltäglichen Bärenumstände sind, läßt sich kaum darstellen, nur aus einer eben veröffentlichten Bilanz einer kleinen Wittnachs kann man einen Schimmer davon bekommen. Die „Zinnagelgesellschaft für Handel und Industrie G. m. b. H.“ die nur mit 100 000 M. Stammkapital arbeitet, hat jetzt eine Bilanz vom 1. Januar 1921 veröffentlicht, in der allein auf Devisenkonten ein Gewinn von 989 084 M. ausgewiesen wird. Allein 1000 Proz. Gewinn aus dem Devisenhandel, aus dem Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln! Wie mag es dann erst bei den Großbanken aussehen? Das verrät die Publikation selbst leider, wie gesagt, nur die hohen Gewinne, nicht die Verluste, die natürlich in der gleichen Höhe auf der anderen Seite eingetreten sein müssen. Denn auch an der Börse werden die Niemen aus der Haut anderer geschnitten.

Die Not in Russland.

Nach einer „Matin“-Medlung aus London gibt nach einem Telegramm aus Washington Hoover bekannt, daß die Vereinigten Staaten mit dem Sowjet über die Bedingungen für die Hilfsaktion einig geworden sind. Die Aktion wird sofort ihren Anfang nehmen. — Es verlautet gerüchelt, daß die Amerikaner einige neue Forderungen aufgestellt haben. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Arbeiten auf sinnlichen Eisenwerken im Ural eingestellt worden sind. In West-Sibirien ist die Ernte durch Schneefrostschäden gefährdet worden. „Politik“ meldet aus Gritskino, Prof. Frithjof Nansen ist ungeachtet noch Riga abgereist, um anlässlich seiner Ernennung zum Odeskommisar für die internationale Hilfsaktion Besprechungen abzuhalten. In

